

BKK-Bundesverband mit freiwilligem Finanzausgleich

BONN. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) will sieben Mitgliedskassen mit überdurchschnittlich hohen Beitragssätzen finanziell unterstützen. Rund 65,8 Millionen Mark sollen die betroffenen Betriebskrankenkassen von ihrem Bundesverband erhalten.

Die Möglichkeit eines freiwilligen Finanzausgleichs ist durch das Gesundheits-Reformgesetz eröffnet worden, um größere Beitragssatzunterschiede innerhalb einer Kassenart zu verringern. JM

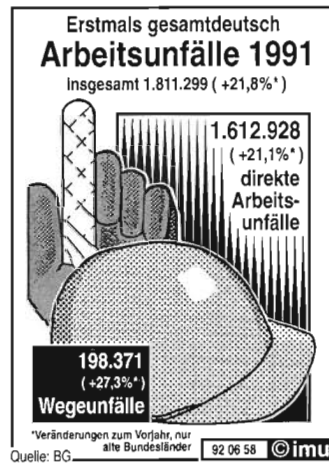
Krankenhäuser: Marketing-Tag '92

DÜSSELDORF. Auch die bundesdeutsche Krankenhauswirtschaft muß sich einer offensiven Imagepflege und einer ansprechenden Corporate Identity stellen. Die Krankenhausträger, das Krankenhausmanagement und die Betriebsführung sind deshalb gefordert, sich moderner Marketing-Methoden in einer seriösen, dem Krankenhauswesen adäquaten Form zu bedienen.

Das Institut für angewandte Marketing-Wissenschaften GmbH (IFAM), Düsseldorf/Neuss, veranstaltet in der Zeit vom 30. November bis zum 1. Dezember 1992 in Neuss den 3. Deutschen Krankenhaus-Marketing-Tag (der erste Marketing-Tag fand 1988 in Neuss statt).

Krankenhauspraktiker und Werbefachleute informieren unter anderem über folgende Themen: „Sponsoring: Die gekaufte Sympathie. Chancen und Risiken für Krankenhäuser“; „Der Trick mit der Pflegeversicherung. Oder: was kommt auf das Krankenhaus konkret zu?“; „Und wenn sie sterben, hört die Beziehung auf. Eine Vision über Sterben und Tod im

Krankenhaus aus der Sicht der Ganzheitlichkeit.“ Die Moderation der Diskussion hat der Medizin- und Wissenschaftsjournalist Gero von Boehm, Heidelberg, übernommen. Weitere Informationen: IFAM-Institut Düsseldorf, Klaus Weiß, Kaiser-Wilhelm-Ring 43, W-4000 Düsseldorf 11, Telefon: 0211/57 50 81. EB



Rund 1,8 Millionen Arbeits- und Wegeunfälle weist die erste gesamtdeutsche Arbeitsunfallstatistik für 1991 aus, 21 Prozent mehr als 1990. Der Anstieg der Unfallzahlen ist geringer ausgefallen als zunächst befürchtet, schließlich umfaßt die Statistik mit alten und neuen Bundesländern etwa 25 Prozent mehr Betriebe und Versicherte als 1990 in den alten Bundesländern.

Deutsche Krebshilfe: Förderung der Hyperthermie

DÜSSELDORF. Die Universitätsklinik in Düsseldorf wurde mit einem Hyperthermie-Gerät ausgerüstet, das die Deutsche Krebshilfe mit 2,9 Millionen DM finanzierte. Ein weiteres Hyperthermiezentrum, ebenfalls mit 2,9 Millionen DM unterstützt, wird in Tübingen eingerichtet. Die Behandlung mit regionaler Tiefenhyperthermie ist bereits möglich in Essen, München und Berlin, so daß das Bundesgebiet – bis auf die neuen Länder – jetzt flächendeckend mit diesen Ge-

räten ausgestattet sei. Das sagte Achim Ebert, Geschäftsführer der Deutschen Krebshilfe, in Düsseldorf.

Erfolgreich sei die Hyperthermie besonders bei Weichteilsarkomen und Knochtumoren, erläuterte Prof. Dr. Ulrich Göbel, Düsseldorf. „Etwa ein Viertel aller Patienten, bei denen keine andere Therapie geholfen hat, kann geheilt werden, bei weiteren 40 Prozent verkleinert sich der Tumor, so daß eine operative Entfernung möglich wird.“

Da sich die regionale Hyperthermie besonders bei der Behandlung bösartiger Sarkome und embryonaler Tumoren bei Kindern und Jugendlichen als wirkungsvoll erwiesen habe, hätte man sich entschlossen, das Gerät in der Düsseldorfer Kinderklinik zu installieren. Es steht dort jedoch auch für die Therapie erwachsener Patienten zur Verfügung.

► Das Thema „Regionale Hyperthermie“ wurde ausführlich behandelt im Deutschen Ärzteblatt 4/1991. Kli

47. Hiroshimatag

FRANKFURT/M. Der Kampf für einen Atomteststopp und die Abschaffung von Atomwaffen dürfe nicht aufgegeben werden. Das fordern die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in einem Aufruf mit dem Titel „47. Hiroshimatag“.

Die letzten Jahre seien „Erfolgszeiten für die Friedens- und Abrüstungsbewegung gewesen“. Atomarsenale würden verringert und die Gefahr totaler Atomkriege vermindert. Dennoch sei der Kampf gegen Atomwaffen noch nicht vorbei, heißt es in dem Text, der nach Angaben des europäischen IPPNW-Vizepräsidenten, Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, anlässlich des Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6. August) an „alle Ärztezeitungen der Welt“ verschickt wurde. Kli

Krankenhäuser: Fallbezogene Entgelte

MÜNCHEN/BONN. Nur etwa fünf Prozent der gesamten Betriebskosten der Krankenhäuser werden zur Zeit über „differenzierte Entgeltformen“ abgerechnet. Obwohl die novellierte Bundespflegesatzverordnung von 1985 erstmals die Möglichkeit eröffnete, neben dem tagesgleichen, pauschalierten Pflegesatz auch alternative, differenzierte und leistungsgerechte Entgelte sowie Sonderentgelte zu vereinbaren, ist von dieser Möglichkeit der Vertragsvereinbarung in der Praxis kaum Gebrauch gemacht worden.

Dies war der Anlaß für das Bundesgesundheitsministerium, ein Forschungsprojekt unter Federführung von Prof. Dr. rer. pol. Günter Neubauer, Universität der Bundeswehr Neuburg, mit 690 000 DM zu fördern, um das in Amerika bereits eingeführte Abrechnungssystem der Betriebskosten („Patient Management Categories“; PMC) zu prüfen, inwieweit es für die bundesdeutsche Krankenhauswirtschaft übertragbar ist. PMC sind nach Krankheitsarten differenzierte Patientengruppen, auf deren Basis und auf abgrenzbaren Krankheitsfällen Leistungsentgelte zu berechnen.

Die Studie kommt zum Ergebnis, daß sich das Abrechnungssystem PMC prinzipiell eignet, um das Entgeltssystem in Richtung auf ein Fallpauschalen-System weiterzuentwickeln. Bisher wurden PMC-Systeme in Pilotkrankenhäusern in Alt-/Neu-ötting/Oberbayern und am St. Josefs-Hospital in Wiesbaden mit den Krankenkassen vereinbart. Diese Fallpauschalen werden unabhängig von der Liegedauer der Patienten für die gesamte Behandlung gezahlt. In zwei Krankenhäusern der Stadt München wurde in der Studie untersucht, inwieweit Fallklassifikationen geeignet sind, die Budgetplanung und -einhaltung zu verbessern. EB